**Pressepapier zur Betroffenheit der Industrie bei Wegfall der KTF-Mittel**

**Unter zwei (aus Kreisen Beteiligter)**

In Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt 2021 stehen zahlreiche Projekte, die bislang aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert wurden, auf der Kippe. Diese Projekte haben eine hohe Bedeutung für den Standort Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Im Folgenden sind Kernprojekte exemplarisch aufgelistet.

**IPCEI-Projekte Wasserstoff – grüner Stahl**

Ein Förderschwerpunkt des KTF liegt auf **dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft** als zentraler Baustein für die Dekarbonisierung der Industrie. Hier liegen zum einen mit den ersten KOM-Genehmigungen nun die Voraussetzungen für den Start der IPCEI Wasserstoff-Projekte (insbes. Stahl) vor.

Rund 45 Unternehmen aus 13 Bundesländern sind hier beteiligt, besonders viele Unternehmen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und NRW. Davon sind bisher erst sechs Vorhaben bewilligt, bei 25 Vorhaben wurde der vorzeitige Maßnahmenbeginn bereits genehmigt, d.h. diese Vorhaben haben bereits in Abstimmung mit dem BMWK ihre Investitionen begonnen im Vertrauen darauf, dass die Förderung dann auch bewilligt wird (vorzeitiger Maßnahmenbeginn bedeutet, die Unternehmen können Projekte beginnen und Kosten dann auch als Beihilfe abrechnen, aber noch ohne Zusage in haushalterischer Hinsicht). Weitere Vorhaben befinden sich noch im Prozess der Antragstellung, auch diese Vorhaben haben noch keine Bewilligung.

Allein im **Stahlbereich** geht um Investitionen der Unternehmen von zusammen über 6 Mrd. EUR in die dekarbonisierte Stahlerzeugung an Standorten im Saarland (Stahl-Holding-Saar), in Bremen und in Eisenhüttenstadt (ArcelorMittal). Damit würde ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen an diesen Standorten während der Transformation geleistet. Derzeit sind dort insgesamt rund 20.000 Menschen (direkt und indirekt Beschäftigte) beschäftigt.

**Mikroelektronik**

Im Bereich **Mikroelektronik** wurde mit der Verstärkung der Komponente der Transformation Deutschlands hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Volkswirtschaft ein neuer Schwerpunkt im KTF gebildet. Die Mikroelektronik wurde so aus den bisherigen unterschiedlichen Einzelplänen und Titeln des Bundeshaushalts im KTF gebündelt, um eine verlässliche finanzielle Grundlage dafür zu schaffen, damit diese Schlüsseltechnologie nach Deutschland kommt.

Für das zweite IPCEI Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien geht es für die beteiligten deutschen Unternehmen um eine voraus. staatliche Förderung von ca. 4 Mrd. Euro (nähere Informationen zur Förderung finden Sie [hier](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/230629-bmwk-massnahmen-zur-batteriezellfertigung.pdf?__blob=publicationFile&v=6)). Es handelt sich um 31, zum Teil miteinander vernetzte Projekte in ganz Deutschland, von denen 15 einen rechtsverbindlichen Förderbescheid erhalten haben-

Im Rahmen des **European Chips Acts** sollen darüber hinaus zusätzlich gefördert werden:

* der größte Foundry-Dienstleister **TSMC**, der eine Halbleiterfabrik in Dresden bauen möchten; es geht um rund 2.000 Arbeitsplätzen, um den zukünftigen Bedarf, z.B. der deutschen Automobilindustrie zu bedienen.
* Ein weiteres Ansiedlungsvorhaben ist die Halbleiterfabrik von **Intel** in Magdeburg. Intel plant 30 Mrd. Euro zu investieren und ca. 3.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Damit einhergehend wird sich dort ein neues Ökosystem aus Zulieferern bilden, mit weiteren tausenden Arbeitsplätzen. Ein wichtiges Projekt für die Region
* Auch **Infineon** plant, seine Fabrik in Dresden zu erweitern. In diesem Kontext sollen zusätzlich ca. 1.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen.

**Batteriezellfertigung**

Im Rahmen der aktuellen Förderausschreibungen „Resilienz in der Batterie Wertschöpfungskette“ sind zahlreiche hochstrategische Vorhaben entlang der Wertschöpfungskette präsentiert worden und als Förderskizzen eingereicht. Die Unternehmen brauchen rasch Planungssicherheit. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 20 Mrd. €. Bei der Batteriezellfertigung rechnet die Branche mit rund 20.000 neuen Beschäftigten. Rund 30 Unternehmen sind in den verschiedenen IPCEI-Projekten dabei.

**Klimaschutzverträge**

Das BMWK beabsichtigt, Klimaschutzverträge im mittleren zweistelligen Milliardenbereich abzuschließen. Der überwiegende Teil des Geldes soll dabei zur Absicherung von unerwarteten Preisschwankungen zur Verfügung stehen. Unternehmen, die gefördert werden wollen, treten zunächst in einen Bieterwettstreit um Klimaschutzverträge. Der beste und insbesondere günstigste Bieter gewinnt. Bei den Unternehmen handelt es sich auch um zahlreiche Mittelständler. Nach ersten Schätzungen sollte das Förderprogramm Klimaschutzverträge rund 500.000 Arbeitsplätze in ganz Deutschland und gerade in den strukturschwachen Industriegebieten (etwa im Ruhrgebiet und in Ostdeutschland) absichern.

**Strompreiskompensation und „Super Cap“**

* Die Bundesregierung hat sich zuletzt in der Einigung zum Strompreispaket für die produzierende Industrie darauf geeinigt, dass die Strompreiskompensation und das darauf aufbauende Super Cap für weitere fünf Jahre zu verlängern und auszubauen. Beides wird aus dem KTF finanziert. Im bisherigen Wirtschaftsplan waren dafür rund 2,6 Milliarden Euro vorgesehen.
* Mit der SPK-Basisbeihilfe und dem „Super-Cap“ werden die Unternehmen von den Kosten entlastet, die im Zusammenhang mit dem emissionshandelsbedingten Anstieg der Strompreise (sog. „indirekte CO2-Kosten“) entstehen.
* Hintergrund dazu ist, dass Stromerzeuger die CO2-Kosten an ihre Kunden (hier die SPK-Unternehmen) weiterreichen. Die SPK-Unternehmen erhalten dann für diese weitergereichten CO2-Kosten eine Kompensation.
* Die Strompreiskompensation (SPK) gilt für rund 350 deutsche Unternehmen, das „Super-Cap“ gilt darüber hinaus auf aktuell für rund 90 besonders stromintensive Unternehmen gilt.
* Dafür stehen bislang pro Jahr 2,6 Mrd. € (2024) – 3,4 Mrd. € (2027) zur Verfügung. Durch die Einigung der BReg im Rahmen des Strompreispakets sollten die Mittel deutlich ausgeweitet werden. Hier gibt es allein für 2024 Mehrbedarf von 1,3 Mrd. €.